

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/017(V)/11			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 02.12.2011	Hasselbachsaal	15:00Uhr	18:00Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper

Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Präsentation von Schülern der IGS "Willy Brandt" zum Projekt "Zeitstrahl"
- 3 Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung der Niederschrift vom 28. 10. 2011
- 5 Anträge
 - 5.1 Ausschreibung Namensvergabe Schwimmhalle Große Diesdorfer Straße
Fraktion CDU/BfM A0106/11
 - 5.1.1 Ausschreibung Namensvergabe Schwimmhalle Große Diesdorfer Straße
BE: Bürgermeister S0237/11

5.2	Ökostrom in der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0086/11
5.2.1	Ökostrom in der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0086/11/1
5.2.2	Ökostrom in der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Oberbürgermeister	S0210/11
5.3	Pauschale Zeitkarten (Monats- bzw. Jahreskarten) für die Nutzung kommunaler Parkraumflächen Fraktion CDU/BfM	A0117/11
5.3.1	Pauschale Zeitkarten (Monats- bzw. Jahreskarten) für die Nutzung kommunaler Parkraumflächen BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	S0234/11
6	Beschlussvorlagen und Informationen	
6.1	Haushaltsplan 2012 - Stellenplan 2012 BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0455/11
6.2	Beteiligungsbericht 2011 BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0407/11
6.3	Wirtschaftliche Vertretbarkeit einer Ausschüttung aus der Kapitalrücklage der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	I0274/11
7	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Stadtrat Martin Rohrßen

Stadtrat Mirko Stage

Vors. des Stadtrates Beate Wübbenhorst

Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hugo Boeck

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

i.V.f. Stadtrat Schwenke

Verwaltung

Frau Dr. Anne Ignatuschtschenko

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Frank Theile

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Präsentation von Schülern der IGS "Willy Brandt" zum Projekt "Zeitstrahl"

Im Rahmen einer Präsentation stellen Schülerinnen und Schüler der 11. Klasse der IGS „Williy Brandt“, begleitet von ihrer Klassenlehrerin, drei Varianten vor, wie eine Verbindung zwischen Mauerteil und Bürgerdenkmal in der Lothar-Kreyssig-Straße in Form eines Zeitstrahles gestaltet werden könnte.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 28. 10. 2011

Die Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

5. Anträge

5.1. Ausschreibung Namensvergabe Schwimmhalle Große Diesdorfer Straße Vorlage: A0106/11

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Dr. Koch teil.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, unterbreitet den Vorschlag, den vorliegenden Antrag seiner Fraktion um einen weiteren Beschlusspunkt zu ergänzen, der da lautet, den Zugangsweg zur sanierten Schwimmhalle in der Großen Diesdorfer Straße nach dem Magdeburger Olympiasieger Arno Bieberstein zu benennen.

In seiner Begründung zur vorgeschlagenen Ergänzung äußert er sich kritisch zum derzeitigen Trend, Namensvergaben an Sponsoren (z.B. GETEC-Arena) vorzunehmen und legt seine Auffassung dar, dass mit einer Namensvergabe z.B. Leistungen von Sportlern gewürdigt werden sollte.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, unterstützt das Anliegen des Änderungsantrages und verweist darauf, dass der betreffende Weg bisher noch keinen Namen hat.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, legt die Auffassung seiner Fraktion dar, dem Änderungsantrag so nicht zustimmen zu wollen und unterbreitet den Kompromissvorschlag, weiter in der Diskussion zu bleiben um zu erreichen, dass seitens eines potentiellen Sponsors ein bestimmter finanzieller Betrag zur Verfügung gestellt wird.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, gibt Bezug nehmend auf den Änderungsantrag den Hinweis, die Thematik in der AG Straßennamen zu diskutieren, da es sich hierbei um eine Straßenbenennung handelt.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, nimmt Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung und hinterfragt mit Hinweis auf das Interessenbekundungsverfahren den Umgang mit dem Änderungsantrag.

Der Oberbürgermeister führt hierzu aus, dass zunächst auf der Grundlage einer Ausschreibung abzuwarten sei, ob sich mögliche Interessenten finden. Ist dies der Fall, wird dem Stadtrat eine entsprechende Beschlussvorlage hinsichtlich der Bewerber vorgelegt. Eine Entscheidung zum Änderungsantrag könne dann später erfolgen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, regt an zu überdenken, ob bei einer mehrheitlichen Zustimmung zum Änderungsantrag die Erforderlichkeit zur Einholung der Zustimmung eines potentiellen Investors besteht. Er schlägt vor, Kontakt zum Schwimmclub Hellas Magdeburg zur Erläuterung des Verfahrens aufzunehmen.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass bisher ein Namensvorschlag von einem Sportverein vorliegt es aber sein könne, dass im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens weitere Vereine Namensvorschläge unterbreiten, zu denen eine Entscheidung zu treffen ist.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters erklären die Mitglieder des Verwaltungsausschusses einstimmig ihre Zustimmung, entsprechend dem in der Stellungnahme der Verwaltung unterbreiteten Vorschlag das Interessenbekundungsverfahren durchzuführen.

Die Behandlung des Antrages A0106/11 der Fraktion CDU/BfM wird bis zum Vorliegen des Ergebnisses des Verfahrens **vertagt**.

5.2. Ökostrom in der Landeshauptstadt Magdeburg Vorlage: A0086/11

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, begründet den vorliegenden Änderungsantrag seiner Fraktion.

Der Oberbürgermeister informiert über die Sitzung des Aufsichtsrates der SWM zur Thematik Strompreisentwicklung. Hier musste der Beschluss des Bundes zur Kenntnis genommen werden, Netzentgelte auf die Bürger umzulegen, d.h. dass im kommenden Jahr Strompreiserhöhungen notwendig werden. Unklar sei jedoch noch, wie die Verfahrensweise zur Belieferung mit Ökostrom sein wird.

Er legt seine Auffassung dar, dass die Umsetzung des vorliegenden Änderungsantrages möglich sei und spricht sich gegen eine ungeänderte Beschlussfassung des Antrages A0086/11 aus.

Insbesondere verweist er darauf, dass keine zusätzlichen Kosten entstehen dürfen.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, gibt hinsichtlich der Kosten zu bedenken, dass in den Stromlieferungen der SWM ein Anteil an erneuerbarer Energie in Höhe von 35 % bereits enthalten ist.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, erläutert das Anliegen des Antrages A0086/11.

Bezug nehmend auf den Änderungsantrag A0086/11/1 hinterfragt er die Bedeutung hinsichtlich der Formulierung der wirtschaftlichen Vertretbarkeit. Er legt seine Auffassung dar, dass auf Grund der steigenden Kosten der Weg gegangen werden sollte, den Anteil an Ökostrom Jahr für Jahr um 10 % zu erhöhen. Er erklärt an seinem Antrag weiterhin festhalten zu wollen, da für ihn die Argumentation der Verwaltung hinsichtlich der Mehrkosten langfristig nicht gültig sein kann.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gibt die Empfehlung, finanzielle Mittel für Ökostrom zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, spricht sich für eine Ablehnung des Antrages aus.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, verweist auf die bestehende Situation des städtischen Haushalts und sieht keinen Spielraum für zusätzliche Leistungen. Er spricht sich ebenfalls für eine Ablehnung des Antrages aus.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, sieht in einer Beschlussfassung zur Erhöhung des Ökostromanteils eine Vorreiterrolle der Stadt, die so nicht gewollt sein kann. Er sieht es als ausreichend an, die Kosten für den in den Stromlieferungen enthaltenen Anteil an erneuerbarer Energie zu tragen.

Stadtrat Boeck, Fraktion DIE LINKE, hält eine Umsetzung des vorliegenden Antrages für nicht durchsetzbar. Er hinterfragt die Nachweisbarkeit dafür, dass die Ökostromlieferungen auch alle betreffenden Anlagen erreichen.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! bezeichnet die in der Stellungnahme der Verwaltung dargestellten Mehrkosten als nicht nachvollziehbar.

Zu seinem Vorschlag einer transparenten Darstellung der Kosten legt der Oberbürgermeister dar, dass hierzu tagesaktuelle Angebote eingeholt werden müssten. Er informiert über die am heutigen Tag getroffene Aussage der SWM, dass in diesem Jahr keine Lieferung von Ökostrom mehr erfolgen kann und dann im nächsten Jahr dieser Strom teurer sein wird.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, informiert über die Behandlung des Antrages im Ausschuss UwE und die hierzu erfolgten detaillierten Erläuterungen des Leiters des EB KGM. Seitens des Ausschusses wurde die Beschlussfassung des Antrages nicht empfohlen.

Im Ergebnis der Diskussion stellt der Oberbürgermeister den Änderungsantrag A0086/11/1 sowie den Antrag A0086/11 zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0086/11/1 nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0086/11 nicht zu beschließen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung S0210/11 zur Kenntnis.

5.3. Pauschale Zeitkarten (Monats- bzw. Jahreskarten) für die Nutzung kommunaler Parkraumflächen
Vorlage: A0117/11

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann teil.

In seinen erläuternden Ausführungen verweist der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann darauf, dass der rechtliche Rahmen eine Pauschalisierung nicht vorsieht. Seitens des Landesverwaltungsamtes wird dies abgelehnt, da hiermit gegen die Regelungen der StVO zur Parkordnung verstoßen wird.

Der Oberbürgermeister hält es für sinnvoll, den Antrag seitens des Einbringers zurückzuziehen, da eine Umsetzung rechtlich nicht durchführbar sei.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, erläutert zum Anliegen des Antrages, dass hiermit Bürgerfreundlichkeit demonstriert werden soll. Ergänzend hierzu erklärt Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, dass der Antrag aufrecht erhalten bleibt.

Stadtrat Boeck, Fraktion DIE LINKE, informiert, dass im Ausschuss KRB auf Grund der Stellungnahme der Verwaltung mehrheitlich eine Beschlussfassung nicht empfohlen wurde. Hierbei stand im Vordergrund, dass Langzeitparker nicht auf Kosten von Kurzzeitparkern, deren Plätze dann blockiert wären, unterstützt werden sollen.

Zur Nachfrage des Stadtrates Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, hinsichtlich Ausnahmegenehmigungen für Gewerbetreibende verweist der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann darauf, dass entsprechende Anträge in der Regel positiv beschieden werden.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0117/11 nicht zu beschließen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung S0234/11 zur Kenntnis.

6. Beschlussvorlagen und Informationen

6.1. Haushaltsplan 2012
- Stellenplan 2012
Vorlage: DS0455/11

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz sowie die Leiterin des FB01 Frau Mittendorf teil.

Den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses liegen ergänzenden Unterlagen zum Stellenplan vor.

Der Beigeordnete Herr Platz verweist in seinen erläuternden Ausführungen zum Stellenplan darauf, dass sich hinsichtlich des in den vergangenen 10 Jahren erfolgten massiven Stellenabbaus eine Trendwende abzeichnet und in einigen Bereichen bereits wieder zunehmender Stellenbedarf besteht. Als Ursache hierfür verweist er u.a. auf

- den Mehrbedarf bei der Unterbringung von Auszubildenden
- das Auslaufen der personalwirtschaftlichen Maßnahme zur Verkürzung der Arbeitszeit
- die zunehmende Aufgabenübertragung seitens des Landes und des Bundes wie z.B. die Einführung der Umweltzone oder die Einführung des neuen Personalausweises.

Insbesondere verweist der Beigeordnete Herr Platz darauf, dass dieser Trend in nächster Zeit anhalten wird, wenn nicht aus Gründen der Haushaltskonsolidierung radikale Schlussfolgerungen gezogen werden, so dass bestimmte Aufgaben nicht mehr erfüllt werden können. Gleichzeitig verweist er jedoch darauf, dass das derzeitige Aufgabentableau der Verwaltung keinen weiteren Stellenabbau mehr zulässt.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, hinterfragt die Verfahrensweise hinsichtlich der Aussage, dass bestimmte Aufgaben nicht mehr erfüllt werden können.

Der Oberbürgermeister führt beispielhaft an, dass die Aufgaben des Ordnungsamtes oder der Bürgerbüros Pflichtaufgaben sind. Die Entscheidung darüber, mit wie vielen Mitarbeitern diese Aufgaben erledigt werden, obliegt jedoch der Stadt Magdeburg.

Eine Reduzierung der Mitarbeiter habe aber den Nachteil z.B. einer Verlängerung von erforderlichen Bearbeitungszeiten und ist somit zum Nachteil des Bürgers.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, nimmt Bezug auf die geführte Diskussion zum Bildungs- und Teilhabepaket und hinterfragt die hierfür vorgesehenen zusätzlichen Stellen.

Hierzu informiert der Oberbürgermeister, dass für diese Stellen keine zusätzlichen Kosten entstehen, da diese zu 100 % aus dem Bildungs- und Teilhabepaket finanziert werden. Ergänzend macht die Leiterin des FB01 erläuternde Ausführungen zur Antragsbearbeitung des Jobcenters und der Stadt Magdeburg.

Zur Nachfrage des Stadtrates Bromberg hinsichtlich des Aufwuchses von 2 Sachbearbeiterstellen im Fachbereich 01 erläutert die Leiterin des Fachbereiches die Hintergründe. Insbesondere verweist sie darauf, dass der Planansatz der Personalkosten auf Grund der Reduzierung bestimmter Posten optimiert werden konnte.

Der Oberbürgermeister gibt den Hinweis, dass bei den Personalkosten noch keine Tarifierhöhungen eingestellt wurden.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, nimmt Bezug auf das bestehende Restrisiko in Höhe von 3 Mio Euro und hinterfragt die Zusammensetzung dieser Summe.

Erläuternd führt die Leiterin des FB01 aus, dass bei der Planaufstellung davon ausgegangen wird, dass jede Stelle auch jeden Arbeitstag voll besetzt ist. Dies ist aber nicht Realität, da z.B. durch Krankheit bestimmte Ausfallzeiten zu verzeichnen sind.

Der Beigeordnete Herr Platz verweist ergänzend darauf, dass ein monatliches Personalkostencontrolling durchgeführt wird und ggf. mit personalwirtschaftlichen Maßnahmen, wie z.B. Straffung des Besetzungsverfahrens, auf Risikofaktoren reagiert werden kann. Hinsichtlich des bestehenden Kostenrisikos auf Grund von Tarifverhandlungen legt er die Auffassung der Verwaltung dar, erst nach Feststehen der Tarifierhöhungen die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Hinsichtlich der Nachfrage des Stadtrates Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, bzgl. der Einsparungen durch Verbeamtungen verweist die Leiterin des FB01 auf den in Sachsen-Anhalt existierenden umlagefinanzierten Pensionsfonds bei der KVSA, aus dem spätere Pensionen in voller Höhe gezahlt werden.

Stadtrat Rohrßen, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, nimmt Bezug auf die Stellenübersicht des Dezernates III und hinterfragt die hier aufgeführte Sachbearbeiterstelle mit der Entgeltgruppe 13.

Die Leiterin des FB01 führt aus, dass die Eingruppierung in die EG 13 davon abhängig sei, ob die Funktion der Stelle einen Hochschulabschluss erfordert. Sie sagt für diese Stelle eine entsprechende Prüfung und die schriftliche Übermittlung des Prüfergebnisses zur Sitzung des Stadtrates am 12. 01. 2012 zu.

Zur Nachfrage der Stadträtin Wübbenhorst, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, hinsichtlich des Abt.Ltr. im Sozial- und Wohnungsamt Herr Fahlke informiert die Leiterin des FB01, dass die Stelle ausgeschrieben aber noch nicht wieder besetzt sei und verweist auf die befristete Beurlaubung ohne Bezügezahlung.

Auf Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, hinsichtlich Unternehmungen der Stadt beim Land Sachsen-Anhalt einen Stellenaufwuchs für die Kriseninterventionsstelle zu erbitten, legt der Oberbürgermeister dar, dass ihm ein hier bestehender Bedarf nicht bekannt sei und sagt eine entsprechende Prüfung zu.

In Beantwortung der Nachfrage des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM, hinsichtlich der Existenz des Personalpools informiert der Beigeordnete Herr Platz, dass dieser noch existiert, in den vergangenen Jahren jedoch systematisch zurückgefahren wurde. Derzeit befinden sich im Pool weniger als 25 Personen, von denen einige auf Grund von Langzeiterkrankungen nicht zur Verfügung stehen. Insbesondere verweist er auf die Bemühungen, diesen Mitarbeitern dauerhaft eine Stelle zu vermitteln.

Im Ergebnis der geführten Diskussion stellt der Oberbürgermeister die Anlage 13 – Stellenplan – der DS0455/11 zur Abstimmung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Stellenplan in seiner Sitzung am 17. 01. 2012 zu beschließen.

6.2. Beteiligungsbericht 2011 Vorlage: DS0407/11

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann teil.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, gibt den redaktionellen Hinweis, zukünftig bei der Benennung der Mitglieder in den Gremien der Gesellschaften eine alphabetische Ordnung vorzunehmen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0407/11 in seiner Sitzung am 08. 12. 2011 zu beschließen.

6.3. Wirtschaftliche Vertretbarkeit einer Ausschüttung aus der Kapitalrücklage der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH
Vorlage: I0274/11

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

7.1. Reise nach Harbin

Stadträtin Wübbenhorst, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, gibt den Hinweis, dass die erforderlichen Tickets noch in diesem Monat bezahlt werden müssen. Als problematisch hat sich gezeigt, dass anstelle der möglichen drei Anmeldungen Meldungen aus vier Fraktionen vorliegen.

Der Oberbürgermeister informiert, dass auf Grund der derzeitigen Preisentwicklung auch die Finanzierung eines vierten Tickets möglich sei. Voraussetzung hierbei sei, dass die Buchung so schnell wie möglich erfolgt.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, informiert über den Teilnahmeverzicht seiner Fraktion zugunsten der FDP-Fraktion. Er merkt kritisch an, dass seitens der drei großen Fraktionen eine Teilnahme bereits gesetzt sei und bringt seine Enttäuschung darüber zum Ausdruck.

Im Ergebnis der weiteren Diskussion zieht der Oberbürgermeister folgendes **Fazit**:

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses erklären ihre Übereinstimmung, insgesamt 4 Teilnehmer zu entsenden. Die erforderliche Buchung der Reisetickets wird umgehend am 05. 12. 2011 noch vor Beschlussfassung des Stadtrates veranlasst.

In diesem Zusammenhang unterbreitet Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, den Vorschlag, auf der Grundlage einer Aufstellung der Reiseziele für das gesamte Jahr eine Abstimmung über die Delegationsteilnehmer im Verwaltungsausschuss vorzunehmen.

Seitens des Oberbürgermeisters wird die Möglichkeit gesehen, allen Fraktionen ein entsprechendes Budget für Reisekosten zuzuweisen, so dass jede Fraktion über die Teilnehmerentsendung selbst entscheiden kann.

7.2. Mitwirkung der LH MD im Ausschuss für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Deutschen Sektion des RGR

Stadträtin Wübbenhorst, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, nimmt Bezug auf ein diesbezügliches Schreiben an alle Fraktionen zur Meinungsbildung über die Mitwirkung und informiert, dass seitens der Fraktion CDU/BfM sowie der FDP-Fraktion eine Mitwirkung unterstützt wird und als Mitglieder die Stadträte Stern und Dr. Hörold gemeldet wurden. Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde die Enthaltung bei einem Votum zur Mitwirkung signalisiert.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, erklärt, für eine Mitwirkung keinen Bedarf zu sehen und plädiert gegen eine Mitwirkung.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, sieht eine Mitwirkung ebenfalls nicht als vordringliche Aufgabe an. Er sagt zu, die Problematik nochmals in seiner Fraktion zu thematisieren.

Der Oberbürgermeister gibt die Empfehlung, zunächst ein Mitglied des Stadtrates zu entsenden und nach der entsprechenden Berichterstattung über Inhalte der Ausschusstätigkeit eine Entscheidung zur Mitwirkung zu treffen.

Stadträtin Wübbenhorst spricht sich dafür aus, die Stadträte Stern und Dr. Hörold zu entsenden.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, nimmt Bezug auf das Schreiben des Hauptausschusses und legt seinen Eindruck dar, dass hinsichtlich der Mitgliederanzahl des Ausschusses eine Wahl durchgeführt werden soll.

Im Laufe der weiteren Diskussion bringen die Ausschussmitglieder ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass die Chance zur Wahl eines Magdeburger Stadtrates in den Ausschuss größer ist, als bei zwei Namensvorschlägen.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, erklärt, dass seine Fraktion auf eine Benennung verzichtet.

Der Verwaltungsausschuss einigt sich darauf, Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, für die Wahl in den Ausschuss für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Deutschen Sektion des RGRE vorzuschlagen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

A. Behne
Schriftführer/in